

Merkel, Wolfgang

Article — Digitized Version

Neue Kleider für Italiens Sozialisten

Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1986) : Neue Kleider für Italiens Sozialisten, Politische Vierteljahresschrift: Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Mit Sonderheften, ISSN 0032-3470, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Vol. 27, Iss. 3, pp. 311-329

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112539>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Neue Kleider für Italiens Sozialisten

Wolfgang Merkel

Eingerahmt von einer großen, interklassistischen Christdemokratie auf der rechten und der klassischen Arbeiterpartei PCI auf der linken Seite, müssen Italiens Sozialisten gegen zwei übermächtige Gegner konkurrieren, von denen der eine (DC) die Regierungs- und der andere die Oppositionsrolle monopolisiert hat. Kebrseite dieses strategischen Dilemmas ist eine Situation, die den Sozialisten mehrere koalitionspolitische Optionen offenläßt. Craxi, der die Sozialistische Partei reorganisierte und an der Spitze straff und autoritär führt, vermochte diese zentrale Position der PSI in koalitionspolitischen Extraprofit umzuwandeln. Aber auch ihm gelang es nicht, die Partei aus ihrer minderen Bedeutung bei den Wählern herauszuführen.

Programmatisch vollzog sich in der Ära Craxi ein Paradigmenwechsel von der Systemtransformation zur Regierbarkeit des Systems. Ob der selbstgestellte Imperativ der Regierbarkeit mit einer Politik realisiert werden kann, die zwischen neoliberalen Tendenzen, neokorporatistischer Programmatik, politischem Etatismus und einer opportunistischen Machterwerbsstrategie oszilliert, bleibt eber zu bezweifeln.

„Col 10 per cento si possono fare grandi cose“¹ lautet *Craxis* Motto, meist von ihm selbst zitiert. Als besäße er die besondere Kraft der Suggestion, erfüllte sich dieser Wahlspruch immer wieder in der politischen Karriere *Bettino Craxis*. Führer einer nur 10 Prozent starken innerparteilichen Faktion (*corrente*), wurde *Craxi* 1976 zum Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) gewählt. Acht Jahre später genügte ihm der bedingungslose Rückhalt der 10 Prozent-Partei PSI, um zum Ministerpräsidenten Italiens aufzusteigen. Kein Zweifel, ein bedeutender politischer Erfolg.

Als *Bettino Craxi* 1976 die Führung der Sozialistischen Partei übernahm, war diese mit einem Wahlergebnis von 9,6 % am Tiefpunkt ihrer Geschichte angelangt. Nach acht Jahren Führung *Craxi* errangen Italiens Sozialisten bei den Parlamentswahlen 1983 11,4 % der Wählerstimmen. Ein Erfolg?

Schon nach einjähriger Amtszeit erhielt der sozialistische Regierungschef ungewohntes Lob von dem konservativen Journalisten und Meinungsführer *Indro Montanelli* (vgl. *Espresso* vom 6. 1. 1985: 18 f.). Anders das linksliberale Italien. Angeführt von *Eugenio Scalfari*, machte es keinen Hehl aus seiner Ablehnung gegenüber der sozialistisch geführten Koalitionsregierung (vgl. *Scalfari* 1984). Neoliberale lobten *Craxis* Führungsstil, Konservative erwärmten sich für die Programmatik der Regierung, Linksintellektuelle aber formulierten unmißverständliche Kritik, die Kommunisten antworteten gar mit unversöhnlicher Opposition. Es schien, als hätte sich eine Umwertung aller Werte vollzogen.

Begnügt man sich jedoch nicht mit philosophischen Chiffren und verläßt sich nicht auf

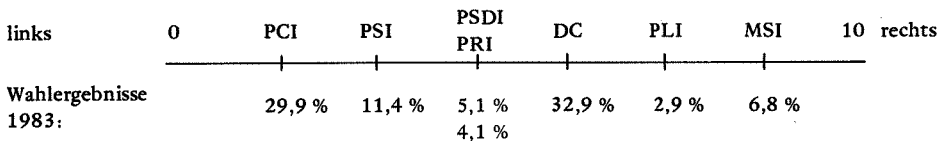
publizistische Pointierung, lassen sich unter der Oberfläche komplexe und widerspruchsvolle Entwicklungen erkennen, die sich unter *Craxis* Ägide in der Sozialistischen Partei Italiens vollzogen haben.

1. Taktische Zwänge und strategische Optionen

In dem ideologisch ausdifferenzierten Vielparteiensystem Italiens (vgl. *Sartori* 1966, 1974, 1976, 1982; *Farneti* 1983) gibt es spätestens seit 1953 für keine der politischen Parteien die Chance zu einer absoluten Stimmenmehrheit. Da das nahezu lupenreine proportionale Wahlrecht keinen mehrheitsbildenden Bonus aussetzt (vgl. *Noblen* 1978: 276), sind alle parlamentarischen Parteien von Anfang an gezwungen, die Koalitionsfrage in ihr taktisches wie strategisches Kalkül aufzunehmen. Insbesondere für kleine und mittlere Parteien, wie etwa die PSI, besteht geradezu ein struktureller Zwang zur Koalitionsbildung, wollen sie ihren politischen Einfluß, sei es in Regierung oder Opposition, überhaupt zur Geltung bringen. Über diesen schon von *Maurice Duverger* thematisierten, allgemeinen strategischen Imperativ hinaus (vgl. *Duverger* 1951), macht erst die besondere Konfiguration des italienischen Parteiensystems deutlich, in welcher Ausgangsposition sich Italiens Sozialisten befinden.

Loziert man Italiens Parteien auf dem Links-Rechts-Kontinuum, läßt sich eine asymmetrische tripolare Grundstruktur des italienischen Parteiensystems erkennen (vgl. *Merkel* 1984: 229). Die beiden Außenpole werden von der Antisystempartei MSI (Movimento Sociale Italiano – neofaschistische Partei) und der „semiakzeptierten“ (*Sartori* 1974: 213) ewigen Oppositionspartei PCI (Partito Comunista Italiano) besetzt². Die laizistischen Parteien PLI (Partito Liberale Italiano), PRI (Partito Repubblicano Italiano), PSDI (Partito Socialista Democratico Italiano), ‚rotieren‘ um das Zentrum DC (Democrazia Cristiana); sie sind die traditionellen – subalternen – Bündnispartner der Christdemokraten. Der PSI (Partito Socialista Italiano) bleibt eine mittlere Position zwischen Democrazia Cristiana und Partito Comunista.

Abb. 1



Quelle: *Sartori* 1982: 11; ergänzt durch die Wahlergebnisse von 1983

Eingerahmt von einer großen, interklassistischen Christdemokratie auf der rechten und der klassischen Arbeiterpartei PCI auf der linken Seite, müssen Italiens Sozialisten gegen zwei übermächtige Gegner konkurrieren, von denen der eine (DC) die Regierungs- und der andere (PCI) die Oppositionsrolle monopolisiert hat. Einer vergleichbaren Wettbewerbssituation sieht sich keine der sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien West-

europas konfrontiert. Selbst in Portugal, wo die Sozialisten gegen eine konservative Allianz von Christ- und Sozialdemokraten (1983: 12,4 % und 27 %) auf dem rechten und einer starken KP (1983: 18,2 %) auf dem linken Flügel bestehen müssen, blieb die Partei von *Mario Soares* (1983: 36,3 %) immer deutlich stärker als die orthodoxen Kommunisten *Cunbals*. Um das einzigartige strategische Dilemma von Italiens Sozialisten noch zu verdeutlichen: der nach der irischen Labour Party kleinsten sozialistischen Partei Westeuropas steht die größte kommunistische Partei der westlichen Welt gegenüber.

Funktion und Stellung der PSI im italienischen Parteiensystem brachte der dem *area socialista* zuzurechnende Philosoph *Norberto Bobbio* auf den Begriff, als er die Partito Socialista Italiano als „partito medio e intermedio“ (*Bobbio* 1976: 45) bezeichnete. Insbesondere auf diese, zwischen Zentrum und linkem Pol oszillierende, Position ist es zurückzuführen, daß den Sozialisten in den 70er Jahren eine koalitionspolitische „pivotal role“ (*Hine* 1980: 133) zuwuchs. In ihrer Funktion vielen liberalen Parteien Westeuropas vergleichbar, avancierten die italienischen Sozialisten zum unvermeidlichen Mehrheitsbeschaffer der meisten denkbaren Regierungskoalitionen.

Bevor die PSI die Fähigkeit, alternativen Bündnissen zu regierungsfähigen Mehrheiten zu verhelfen, in einen koalitionspolitischen Extraprofit verwandeln konnte, erwies sich die Bündnisfrage in der Vergangenheit als eine Quelle der Schwäche für die Partei. Sie wurde zu einer ständigen Ursache innerparteilichen Konfliktes. Der sich an der Koalitionsfrage entzündende Dissens führte zu interner Fragmentierung, manifestierte sich in rivalisierenden Faktionen oder endete gar in Parteispaltungen. Als sich die Sozialisten gegen Ende der 40er Jahre auf eine Volksfront mit den Kommunisten zubewegten, bezahlten sie dies mit der Abspaltung des rechten Parteiflügels unter *Giuseppe Saragat*, der später die sozialdemokratische Partei Italiens gründete. Fast 300 000 Mitglieder verließen damals (1947) die Partei. Rund 100 000 Mitglieder und den Verlust des linken Parteiflügels kostete 1963 die PSI die Regierungskoalition mit den Christdemokraten. Programmatisch und machtpolitisch auf eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten nur unzulänglich vorbereitet, personell geschwächt durch die Abspaltung vieler Aktivisten der Gewerkschafts- und Kooperativenbewegung, fanden sich die Sozialisten nach einer kurzen Reformphase des *centro sinistra* als subalternen Koalitionspartner der Democrazia Cristiana wieder³.

Eine übereilte Vereinigung mit den Sozialdemokraten (1966–1969) und die bizarre koalitionäre Kompromißformel der *equilibri più avanzati* (1969–1973) – das Bündnis-konzept der „fortgeschritteneren Gleichgewichte“, innerhalb dessen die Sozialisten eine Art Scharnierfunktion zwischen der Regierungspartei DC und der kommunistischen Opposition übernehmen wollten – führten zu erheblichen Wählerverlusten und zu organisatorischer Verfestigung der innerparteilichen Zerrissenheit. Als 1975 in der PSI die Koalitionsformel der Linksalternative (*alternativa di sinistra*) mehrheitsfähig wurde, fehlte den Sozialisten der Bündnispartner: die Kommunisten hatten sich seit 2 Jahren der konsorzionalen Strategie des Historischen Kompromisses verpflichtet und strebten eine große Koalition mit den Christdemokraten an.

Als *Craxi* im Juli 1976 die Parteiführung übernahm, befand sich die PSI in der Opposition. Obwohl in verschiedene Formen informeller, parlamentarischer Bündnisse zur

Stützung der christdemokratischen *monocolore*-Kabinette *Andreottis* mit einbezogen, blieben die Sozialisten bis Frühjahr 1980 außerhalb der offiziellen Regierung. Diese Regierungsabstinenz erwies sich als äußerst funktional für die interne Machtkonsolidierung der neuen Parteiführung um *Bettino Craxi* und *Claudio Signorile*, da sie die ministerialen Parteioligarchien der ehemaligen Parteiführer *De Martino* und *Mancini* weitgehend von ihren staatlichen und parastaatlichen Machtressourcen abschnitt. Nachdem *Craxi* im Frühjahr 1980 die Parteilinke teilweise entmachtet und den Einfluß der *Correnti* zurückgedrängt hatte, bewies die sozialistische Parteiführung, wie sich die zentrale koalitionspolitische Rolle in machtpolitischen Gewinn umsetzen läßt, ohne die Partei den zentrifugalen Tendenzen rivalisierender Faktionen auszusetzen.

Alle formalisierten Koalitionstheorien, seien es jene von *Gamson* (1961) und *Riker* (1962) oder seien es die elaborierten von *Browne/Franklin* (1973), *Dodd* (1976) und *Browne/Rice* (1979), versagen bei der Berechnung und Voraussage des Koalitionsgewinns der Sozialistischen Partei Italiens (vgl. *Merkel* 1985: 72). Sie vermögen weder den zu den Wahlergebnissen disproportionalen Anteil sozialistischer Portefeuilles in der Landesregierung noch die Prozentsätze regionaler Regierungs- und kommunaler Administrationsmitglieder der Sozialisten zu erklären.

Die 10%-Partei PSI stellte von 1978–1985 mit *Sandro Pertini* den Staatspräsidenten; sie vermochte sich in jedem der 5 Kabinette von 1980–1983 einen überproportionalen Anteil an Ministerposten zu sichern; und sie stellt seit dem 4. August 1983 mit *Bettino Craxi* auch den Ministerpräsidenten des Landes. Ein durchschnittliches Regionalwahlergebnis von 12,7 % im Jahre 1980 genügte den Sozialisten, um 7 Präsidentschaften der 20 Regionalregierungen zu übernehmen und 19,8 % der regionalen Assessorate zu besetzen⁴. Noch deutlicher als auf regionaler Ebene ist die Sozialistische Partei in den Rathäusern der 94 Provinzhauptstädte (1981) überrepräsentiert. Die 27,6 % der kommunalen Assessorate, die von der PSI besetzt sind, stehen einer sozialistischen Wählerquote gegenüber, die in diesen Städten zwischen 10 % und 12 % schwankt. 1981 waren von den Bürgermeistern der Städte unter 100 000 Einwohner ca. 14 % Sozialisten, in den Städten mit 100 000 bis 300 000 Einwohner 15 % und in den Großstädten über 300 000 Einwohner 38 % (vgl. *Cazzola* 1982: 70).

Diese Überrepräsentation in den Regionalregierungen und Kommunaladministrativen verdankt die PSI zum einen ihrer zentralen Stellung im Parteiensystem, die es ihr erlaubt, je nach Mehrheitsverhältnissen mit Links- (PCI, PSI, X), Mitte-Links (DC, PSI, X) oder laizistischen (PSI, PRI, PSDI, PLI) Koalitionen Städte, Provinzen und Regionen zu regieren, zum anderen der unverhohlenen instrumentalisierten Drohung, einer alternativen Regierungskoalition zur Mehrheit zu verhelfen, wenn ihre personellen Machtansprüche nicht ausreichend befriedigt werden. Insbesondere auf nationaler Ebene gelang es der in Rom in einer Mitte-Links Koalition (DC, PSI, PRI, PSDI, PLI) mitregierenden PSI, die Perspektive der *alternativa di sinistra* oder den Rückzug aus der Regierung als Drohpotential gegenüber den Christdemokraten zur Befriedigung ihres eigenen Machtanspruches zu funktionalisieren. Ergänzt wurde diese Strategie durch die klientelistische Besetzungspolitik der PSI im Management und in Aufsichtsräten des ausgedehnten öffentlichen Sektors. Im nationalisierten Banken- und Indu-

striesektor ist der klassischen Patronagepartei DC mit den Sozialisten ein aggressiver Konkurrent erwachsen.

Die klientelistische Penetration des parastaatlichen und verstaatlichten Sektors sowie die Ausdehnung der Machtbasis auf allen staatlichen Entscheidungsebenen durch die Sozialisten ist kein Novum der Ära *Craxi*. Neu dagegen ist, daß sie in ein strategisches Gesamtkonzept eingepaßt ist: Ziel *Craxis* ist es, die funktionale Zentralität der PSI als Mehrheitsbeschaffer in eine, an der Wählerzustimmung ablesbare, substantielle Zentralität im politischen System Italiens umzuwandeln. Unverzichtbare Voraussetzung dafür scheint ihm eine solide Machtbasis in den politischen Institutionen. Programmatisch legitimiert wird diese mit der Pflicht, die Regierbarkeit des Landes zu sichern und die Modernisierung Italiens zu forcieren und sozialverträglich zu gestalten. Über die Profilierung als Träger und Garant der Modernität hofft die sozialistische Parteiführung, jene modernen, rationalen Meinungswähler zu gewinnen, die durch die fortschreitende Modernisierung und Säkularisierung der Gesellschaft – so die Einschätzung der Sozialisten – den Normaltypus des zukünftigen Wählers repräsentieren werden.

Eine moderne Parteiorganisation, d. h. insbesondere eine operativ flexible Führungsstruktur ist in *Craxis* Konzeption unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Realisierung der oben skizzierten strategischen Option. Diese Voraussetzung zu erfüllen, waren *Craxis* politische Anstrengungen von 1976–1981 in erster Linie gewidmet.

2. Von der „Föderation der Correnti“ zum Bonapartismus als Führungsprinzip

Sieht man von *Almirantes* charismatisch-patriarchalisch geführtem Movimento Sociale ab, hat sich in keiner italienischen Partei während der vergangenen 10 Jahre eine solch forcierte Hinwendung zu einer personalistischen Führungsstruktur vollzogen wie in der PSI *Bettino Craxis*. Konnte der kommunistische Generalsekretär *Enrico Berlinguer* keineswegs unabhängig von Apparat und Sekretariat entscheiden (dies gilt verstärkt für seinen Nachfolger *A. Netta*), blockieren seit *De Gasperi* konkurrierende Oligarchien den Aufstieg eines übermächtigen Politikers in der DC, so folgte der Entwicklungstrend der Führungsstruktur in der PSI einem gegenläufigen Muster. Nicht zuletzt dem Beispiel der sozialistischen Partei Frankreichs, Spaniens und Griechenlands folgend, hat die junge Führungsgruppe um *Craxi* zielstrebig die Identifikation der sozialistischen Partei und ihrer Wählerschaft mit dem Generalsekretär der PSI betrieben. In einer Partei, die über ein Jahrzehnt vom führungsschwachen *De Martino* mehr verwaltet als geführt wurde, fiel dies auf fruchtbaren Boden. Spätestens seit dem Frühjahr 1981 muß *Bettino Craxi* als der unumstrittene Führer seiner Partei gelten (vgl. *Bettin* 1984: 110–114). Beschleunigt durch *Craxis* triumphale Wiederwahl zum Generalsekretär durch den Parteitag von 1981, breitete sich in der PSI „eine progredierende Sklerose der internen demokratischen Strukturen bis zur Grenze der Paralyse“ (*Codignola* 1981a: 1118) aus. Diese Kritik des ehemaligen Parteilinken *Tristano Codignola* zielte auf zwei innerparteiliche Entwicklungen: auf die Entmachtung der Parteigremien, insbesondere des ZK, und auf die Zurückdrängung der *Correnti*.

Das Zentralkomitee wurde zunehmend von den richtungsweisenden Entscheidungen

ausgeschlossen, kaum mehr einberufen und personell so aufgebläht, daß es zu Beginn der 80er Jahre mehr einem Akklamations- denn einem Diskussions- und Beschlußorgan ähnelte. Es lag nur in der Logik dieser Entwicklung, daß auf dem 43. Parteikongreß (1984) das ZK gänzlich abgeschafft wurde. An seine Stelle trat die *assemblea nazionale*, deren 473 (!) Mitglieder sich aus sozialistischen Parlamentariern, Parteisekretären und prominenten Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzten. Aus dem parteiinternen Entscheidungsprozeß ist die *assemblea nazionale* auch statuarisch ausgegrenzt; sie dient allein der Außendarstellung der Partei. Der sukzessive Kompetenzzug des ZK verlief jedoch keineswegs zugunsten des traditionellen Führungsgremiums der Partei, der *direzione* (1981: 41 Mitglieder). Die Kompetenzen gingen direkt auf *Craxi* und, in geringerem Maße, auf das 6-köpfige Exekutivkomitee über.

Noch entscheidender als die zunehmende Entfunktionalisierung der ehemaligen Führungsgremien ZK und *direzione* erwies sich für *Craxis* Machtzuwachs die weitgehende Entmachtung der *correnti*. Selbst über eine ganz in der Tradition der Sozialistischen Partei Italiens stehende Machtintrige der innerparteilichen Faktionen an die Spitze der Partei gelangt (vgl. Merkel 1985: 203–207), machte sich *Craxi* mit Erfolg an die Ausschaltung der konkurrierenden *Correnti*. Innerhalb von 5 Jahren wuchs *Craxis* parteiinterne Gefolgschaft von 10 % auf über 70 % an. Der Konzentrationsprozeß der *correnti* führte zu einer Rationalisierung der innerparteilichen Machtstrukturen. Aus dem faktionellen Vielgruppensystem der 60er und 70er Jahre (4–7 *correnti*) war zu Beginn der 80er Jahre in der PSI ein asymmetrisches, bipolares System entstanden, in dem eine erdrückende reformistische (rechte) Mehrheit einer stark reduzierten linken Minderheit, den *Lombardiani*, gegenüberstand.

Einen vorläufigen Höhepunkt fand der innerparteiliche Konzentrationsprozeß auf dem 43. Parteikongreß (1984) der PSI. Die autoritäre innerparteiliche Ausstrahlung *Craxis*, seine geschickte Kooptationspolitik als Parteiführer, aber insbesondere die Intransigenz der kommunistischen Opposition gegenüber dem Ministerpräsidenten *Bettino Craxi* haben die Partei zu einer für italienische Verhältnisse monolithisch anmutenden Homogenität geführt. Unter dem Außendruck, erzeugt durch die frontale Opposition der Kommunisten und die verdeckten Attacken der Koalitionspartner DC und PRI gegen die Regierung *Craxi*, gab der verbliebene linke *corrente* der *Lombardiani* seine faktionelle Teilautonomie auf und verzichtete auf innerparteiliche Opposition.

Die Abschaffung des ZK, die weitgehende Entmachtung der *direzione*, die Eindämmung der *correnti* und die Aufhebung der Inkompatibilität des Amtes des Generalsekretärs mit dem des Ministerpräsidenten haben *Bettino Craxi* zu einer Machtfülle verholfen, die selbst der historische Parteiführer der PSI *Pietro Nenni* niemals besessen hatte. Entgegen seiner Tradition wich der in der Vergangenheit meist kollektive Führungsstil in der PSI einer Art Präsidialismus mit „caesaristisch-bonapartistischen Tendenzen“ (*Michele Acbili* nach: *De Vito* 1981: 15). Die Erstickung demokratischer Auseinandersetzung in den traditionellen Führungsgremien der Partei ist umso problematischer, als die politische Diskussion in den Basiseinheiten der Partei (Sektionen) praktisch verschwunden ist und die Provinzkongresse sich häufig auf die Ratifikation schon vorab

getroffener Entscheidungen beschränken. Die PSI ist damit zu einer Partei geworden, die in der Führungsspitze autokratisch und an der Basis passiv ist.

Unter demokratietheoretischen Prämissen läßt sich ein solch autoritäres *top-down*-Modell parteiinterner Machtverteilung und Entscheidungsbildung allenfalls im elitär-konkurrenzdemokratischen Sinne *Schumpeters* und *Downs* legitimieren, die die Interpartei Konkurrenz für ein hinreichendes Surrogat innerparteilicher Demokratie halten.

Craxis aggressive, ideologisch weitgehend ungebundene Machterwerbsstrategie schien der überwältigenden Mehrheit der Partei die Gewähr dafür zu bieten, die PSI auch auf der Wählerebene aus ihrer Subalternität gegenüber DC und PCI herauszuführen; daß dies weder unter quantitativen noch unter den selbstgesetzten qualitativen Gesichtspunkten bis 1983 (dem Jahr der letzten Parlamentswahlen) gelungen ist, verdeutlicht die folgende Wähleranalyse.

3. Auf der Suche nach dem rationalen Wähler

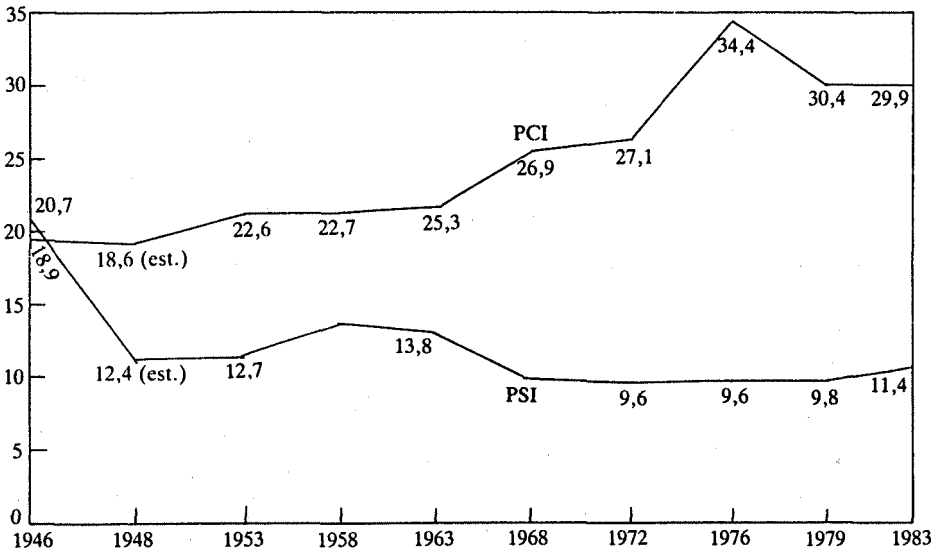
Die Wahlergebnisse der Sozialistischen Partei Italiens von 1946–1976 lesen sich wie der unaufhaltsame Niedergang einer Partei. Trotz geringer Wählerverschiebung zwischen den politischen Lagern (vgl. *Parisi* und *Pasquino* 1980: 6) und einer leichten Bestandsmehrung der linken Parteien insgesamt (1946: 42 %, 1983: 45 %), mußten Italiens Sozialisten einen kontinuierlichen Rückgang ihrer Wählerschaft hinnehmen. Mit 20,7 % der Wählerstimmen 1946 noch stärkste Partei der Linken, war die PSI 1972 und 1976 mit 9,6 % auf ihrem historischen Tiefstand angelangt.

Wenngleich quantitativ präzise Analysen über Wählerwanderungen zwischen PSI und PCI für diesen Zeitraum fehlen, ist vor dem Hintergrund der geringen Wählerfluktuation zwischen den politischen Blöcken in Italien (vgl. *Mair* 1983: 412) und des divergierenden Wählerrends der beiden Parteien die Annahme hinreichend plausibel, daß die Kommunisten, insbesondere bis 1968, erfolgreich Wähler von den Sozialisten abziehen konnten. Bei den Wahlen jedenfalls verlor die PSI das „Duell auf der Linken“ (*Amato* und *Cafagna* 1982).

Bettino Craxi war 1976 angetreten, den Niedergang der Partei zu stoppen, alte Wähler zurückzugewinnen, neue Wählerschichten zu erschließen. Erklärtes Ziel war es, das Equilibrium zwischen den beiden großen Linksparteien wiederherzustellen und die Sozialisten zur gleichbedeutenden dritten Kraft im Parteienspektrum Italiens zu machen. Bei diesen ambitionierten Zielen mußte es enttäuschen, daß die PSI nach 8 Jahren intensiver Imagepflege und aggressiver Wählerwerbung nur einen Stimmenzuwachs von 1,8 % (1983) zu verzeichnen hatte.

Obwohl Christdemokraten und Kommunisten in diesem Zeitraum 10 % ihrer Wähler verloren, gelang es den Sozialisten nicht, dieses fluide Wählerpotential in nennenswertem Umfang zu gewinnen. Die hier deutlich werdende Unfähigkeit, gleichzeitig Wähler auf der Rechten wie der Linken zu gewinnen, weist auf ein strategisches Dilemma der PSI hin: *catch all*-Strategien können sich für die PSI in einem noch nicht ausreichend depolarisierten Vielparteiensystem kaum auszahlen. Es wäre ein gegenwärtig wenig aussichtsreiches Unterfangen, mit einer rechten (DC) und linken (PCI) Volkspartei kon-

Abb. 2: Wahlentwicklung (Kammer) von PCI und PSI (1946–1983)



+ geschätzte Wahlergebnisse;

1948 traten PCI und PSI mit gemeinsamer Liste an,

1968 war die PSI mit der PSDI vereinigt als PSU zur Wahl angetreten.

Zu den Schätzungen vgl. *Pasquino* 1977: 185.

kurrieren zu wollen, ohne deren strukturelle und ideologische Vorzüge zu besitzen, die den beiden großen Parteien durch das Überleben massenintegrativer Elemente (christlich-konfessionell; kommunistisch-proletarisch) geblieben sind. Als mittlere zwischen zwei großen Parteien muß es die PSI hinnehmen, daß der sozialistischen Wählerschaft, je nach geographischer Zone und politischer Präferenz, plausible Alternativen angeboten werden: auf der Linken durch Kommunisten und Radikale (v. a. Nord- und Mittelitalien), auf der Rechten durch die neoliberalen Republikaner (v. a. Nord- und Mittelitalien) und die Staatspartei DC (v. a. in Süditalien).

Von der sich abzeichnenden Erosion der katholischen und der Lockerung der kommunistischen Subkultur hatte sich die PSI-Führung eine Säkularisierung des Wählerverhaltens und damit einen Rückgang der Zahl jener Wähler erwartet, die aufgrund traditionaler, soziokulturell vermittelter Bindungen *ihre* Partei wählen (*voto di appartenenza*, vgl. *Parisi* und *Pasquino* 1980: 16). Die dadurch dem allgemeinen Wettbewerb der Parteien wieder zugänglichen Wähler glaubte die PSI über ihre Darstellung als moderne reformistische Partei und die Präsentation eines entscheidungsstarken politischen *leaders* gewinnen zu können. Dieses Wunschenken produzierte einen schlichten Syllogismus, den *Pasquino* treffend zusammenfaßt: „The PSI is the most modern political party; Italian Society is becoming very modern, therefore, Italian voters will increasingly choose the PSI“ (*Pasquino* 1984: 15). Die Analyse war zu schlicht, die Botschaft kam

nicht an (1979) oder hatte nur bescheidene Erfolge (1983). Die PSI-Führung überschätzte die Schnelligkeit der Erosion der „beiden Kirchen“ (G. Galli) DC und PCI und damit das Ausmaß der Wählermobilität. Sie unterschätzte dagegen die Konkurrenz der laizistischen Parteien, insbesondere der PRI. Auch in der Mitte der 80er Jahre bleibt die PSI auf der Suche nach den modernen, aufgeklärten, rationalen Wählern.

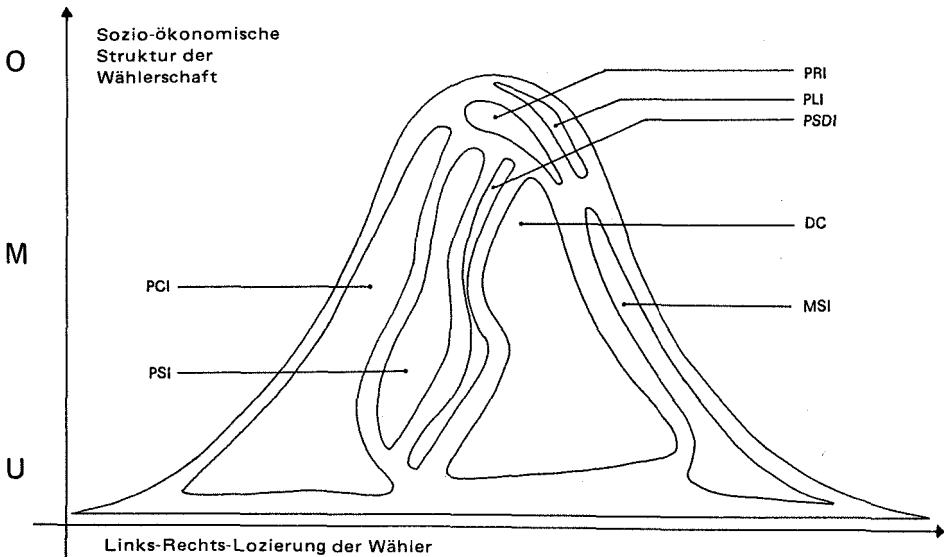
Ökologische Wahlanalysen in Norditalien deuten darauf hin, daß es den Sozialisten weder gelungen ist, die traditionellen Schichten der Industriearbeiterschaft, noch ihre erklärte Zielgruppe, die aufsteigenden Schichten der postindustriellen Gesellschaft, noch die urbanen Gruppen postmaterieller Orientierung erfolgreich anzusprechen (vgl. Scaramozzino 1983; Martinotti 1984). Unverändert geblieben ist die Schwäche der PSI in den ökonomisch vitalen ‚roten Regionen‘ Mittelitaliens. Der subkulturell abgesicherten Dominanz der Kommunisten hatte die einstige Arbeiterpartei PSI nichts entgegensetzen. Die anerkannt effiziente Regierungspraxis vieler gemeinsam von PCI und PSI geführter kommunaler und regionaler Linksadministrationen brachte fast ausschließlich den Kommunisten Positionsgewinne.

Stimmenzuwächse konnte die ‚moderne‘ Partei PSI allein im wirtschaftlich unterentwickelten Süden des Landes verzeichnen. Bei den Parlamentswahlen 1983 übertraf der prozentuale Stimmenanteil im Süden erstmals die von den Sozialisten in den nördlichen Regionen erreichte Wählerquote. Auch das nationale Gesamtergebnis (11,4 %) lag sichtbar unter den Resultaten im Mezzogiorno (Festland: 13,3 %; Inseln: 12,5 %). Der Trend zur klientelismusverdächtigen Südverlagerung der sozialistischen Wählerschaft wurde von Craxi nicht gestoppt, sondern verstärkte sich in der Periode von 1976–1983 kontinuierlich.

Die geographischen und demographischen Strukturen zeigen eine Tendenz in der sozialistischen Wählerschaft an, die insbesondere nach 1979 der Wahl- und Zielgruppenstrategie der PSI-Führung diametral entgegenlief. Nicht in den ökonomisch fortgeschrittenen Regionen Italiens, in denen die umworbenen „aufsteigenden Mittelschichten“ und die rationalen Meinungswähler mehrheitlich zu vermuten sind, gewann die PSI zusätzliches Terrain, sondern in den wirtschaftlich unterentwickelten Regionen und Kommunen des Südens. Die Schwerpunktverlagerung sozialistischer Wählerhochburgen von Nord nach Süd, von der Stadt aufs Land, von den wohlhabenden in wirtschaftlich schwächere Zonen führte zu einer unübersehbaren Annäherung der Bedingungen, unter denen Sozialisten und Christdemokraten Wahlerfolge erzielen. Beide Parteien nützen ihre starke Position in Rom wie in den südlichen Kommunal-, Provinz- und Regionaladministrationen zur Verteilung klientelistischer Leistungen im Mezzogiorno. In der noch stark vom klientelistischen Tausch geprägten politischen Kultur des unterentwickelten Südens zählt sich dies noch immer in Stimmengewinnen aus.

Eine schichtenspezifische Analyse der sozialistischen Wählerschaft zeigt jedoch auch den Unterschied zur Democrazia Cristiana. Mit einem leichten Überhang bei den unteren Mittelschichten spiegelt die Wählerschaft der Sozialistischen Partei einen repräsentativen Querschnitt der italienischen Bevölkerung wider. Damit unterscheiden sich die Sozialisten deutlich von den Oberschichtparteien PRI und PLI, aber auch von den Volksparteien DC und PCI, die über ihre milieuspezifischen, konfessionellen und klassenstrukturellen Bindungen stark in den Unterschichten verankert sind.

Abb. 3: Sozio-ökonomische Struktur und ideologische Selbstlozierung der Parteien-
elektorate



Quelle: Cecchi 1984: 26

U = Unterschichten; M = Mittelschichten; O = Oberschichten

Trotz ihrer vielversprechenden zentralen Position, die es der PSI erlaubt, Wähler aus allen Schichten anzusprechen, blieb der Wählerzuwachs der Sozialisten von 1976–1983 bescheiden (+ 1,6 %) und weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Darüber hinaus läuft die Partei Gefahr, von einer Wählerschaft unterstützt zu werden, die von jener weit entfernt ist, die die Führung um Craxi als Zielgruppen anvisiert hat. Man propagierte eine moderne, offene Partei der Bewegung und der Bewegungen und findet sich gegenwärtig wieder als Partei der traditionellen Mittelschichten, die vor allem im Süden des Landes über die klientelismusverdächtige Repräsentanz spezifischer, singulärer Interessen angeworben wurden. Diese Widersprüche sind kaum in Einklang zu bringen mit dem programmatisch angestrebten „modernen Reformismus“, der eine synthetische und zukunftsorientierte Perspektive erfordert, die über die simple Vertretung spezifischer sozialer Interessen hinausweist.

4. Von der Systemtransformation zur Regierbarkeit des Systems

Als die Sozialisten 1978 ihr neues Programm, das „Sozialistische Projekt“, verabschiedeten, befanden sie sich nicht in der Regierungsverantwortung. Hinter ihnen lag die frustrierende Erfahrung eines zehnjährigen Mitte-Links-Bündnisses mit den Christdemokraten. 1963 angetreten, sich über die Regierungsbeteiligung der operativen Steuer-

rungsmittel des „Neo-Kapitalismus“ zu versichern und die ihm eigene Rationalität der privaten Profitmaximierung zu brechen, mußten sich die italienischen Sozialisten nach einer kurzen, innovativen Reformphase (1963–1964) eingestehen, daß weder ihre politischen noch gesellschaftlichen Machtmittel ausreichten, diesem Ziel sichtbar näherzukommen. Insbesondere die in die demokratische Programmierung der Wirtschaft (Kapitalsteuerung, Investitionslenkung etc.) gesetzten Hoffnungen erwiesen sich als Illusion (vgl. *Tamburrano* 1976; *Ruffolo* 1973).

Auf der Suche nach einer neuen programmatischen Identität engagierten sich Mitte der 70er Jahre insbesondere die Vertreter der lombardianischen Linken. Das „Sozialistische Projekt“ trägt unverkennbar ihre Handschrift. Inhaltlich bewegen sich die langfristigen Optionen und Zielvorstellungen des *Progetto Socialista* in auffallender Nähe zu jenen thematischen Dispositionen, die die Theoretiker des CERES, *Chevènement*, *Motcbane* und *Sarre*, im *Projet Socialiste* durch die Projektionen eines „Bruchs mit dem Kapitalismus“, der „Transformation des Systems“ und der „autogestion“ als politisches und ökonomisches Strukturprinzip vorgegeben hatten (*Secchi* 1982: 12).

Mehr jedoch als vom marxistischen Flügel der französischen Schwesterpartei beeinflusst, ist das Sozialistische Projekt als Antwort auf den Historischen Kompromiß der beiden „Staatsparteien DC und PCI“ (*Cafagna*) zu begreifen. Dem Semi-Konsortionalismus des *compromesso storico* stellten die Sozialisten ihr Konzept der *democrazia conflittuale* entgegen, vom Etatismus der beiden großen Parteien hob sich die PSI mit den programmatischen Prinzipien der Selbstverwaltung und lokalen Autonomie ab. Darüber hinaus hinterließen kulturelle Assimilationen an Gruppen der Neuen Linken deutliche Spuren: die emphatische Betonung des Konfliktprinzips, die Präferenz für kollektiven Konsum, die Hoffnung auf Aufhebung der tayloristischen Arbeitsteilung und die optimistische Erwartung eines breiten Bündnisses der Arbeiterklasse mit der sozialen Intelligenz und den Marginalisierten des Systems machen diesen Einfluß unverkennbar.

Das *Progetto Socialista* enthielt noch viele Ideen, Projektionen und Anstöße, die auf einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus hindeuten. Die weitreichende programmatische Perspektive eines Selbstverwaltungssozialismus spiegelt die kulturell-ideologische Dominanz der Linken innerhalb der PSI von 1976–1979 wider. Frei von den Zwängen der Regierungsverantwortung entwickelte sich in der Sozialistischen Partei jenes radikale programmatische Profil, das von Anton *Pelinka* (1980: 178–182) als ein sich historisch immer wieder manifestierendes Stereotyp sozialdemokratischer Oppositionsparteien beschrieben wurde.

Durch die innerparteiliche Machtverschiebung zugunsten der pragmatischen Reformisten um *Bettino Craxi* Anfang 1980 und die erneute Regierungsbeteiligung der PSI wenige Monate später, wurde in der Partei der radikale Reformismus der lombardianischen Linken zurückgedrängt und eine ideologisch-programmatische Revision eingeleitet. Die Kritik an den „utopischen Gehalten des *Progetto* von Turin“ (*Coletti*) wurde zum Leitmotiv der Ausformung des pragmatischen Reformismus (vgl. *Amato* und *Cafagna* 1982: 120). Über die „Thesen zum 42. Kongreß der PSI“ (1981), die Programmkonferenz von Rimini (1982) und die Thesen zum 43. Parteitag in Verona (1984) bildeten sich die Konturen eines Reformismus heraus, der sich in Anspruch und Inhalt deutlich von der Konzeption des *Progetto* unterscheidet. „Der Übergang

von Turin zu Rimini“, beschreibt *Salvatori Secchi* die Entwicklung, „ist nunmehr klar: es ist der Übergang von den Thematiken des CERES zu denen der Rocards und Delors“, es ist der Sprung vom Projekt zum Programm, die Verlagerung vom Ziel auf das Mittel (*Secchi* 1982: 12).

Dem Anspruch umfassender Zielprojektionen mißtrauend, lehnten die reformistischen Pragmatiker das Sozialistische Projekt ab, wiesen die Vision des Bruches zurück und insistierten auf der Einfügung von Reformen in das System so „wie es ist“. Sie konzentrierten ihre theoretischen Bemühungen auf die unmittelbaren Probleme, ohne die Lösungsvorschläge an langfristige Zielvorstellungen zu binden. Die Implementation erhielt Vorrang vor der Programmierung. Die Priorität der Reformvorstellungen verlagerte sich in den politisch-institutionellen Bereich und vertraute die soziale und ökonomische Entwicklung wieder in stärkerem Maße der Selbstregulierung der gesellschaftlichen Gruppierungen und den Konkurrenzmechanismen des Marktes an. Vershoben hat sich damit die Sichtweise der Beziehung von Staat und Gesellschaft. Planifikatorische Eingriffe des Staates in die Wirtschaft vor allem als Ursachen ökonomischer Stagnation und Paralyse zu deuten, wurde zu Beginn der 80er Jahre mehrheitsfähig in der PSI (vgl. *Benzoni* 1983: 457). Nicht die sozialistische Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern Reformpläne zur Steigerung von Effizienz und Rationalität des bestehenden Systems prägten die Programmatik der italienischen Sozialisten zu Beginn der 80er Jahre. An die Stelle planifikatorischer Eingriffe in die Wirtschaft trat der Gedanke zur Stärkung der politischen Exekutive. Reformen der politischen Institutionen sollen nunmehr die *Regierbarkeit* Italiens sichern.

Um die Krise des politischen Systems zu überwinden, setzten die sozialistischen Theoretiker des *Progetto* noch 1978 auf die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, die Diffusion der politischen Macht, die Ausweitung der Kompetenzen von Regionen und Kommunen und die Stimulierung partizipatorischer Impulse in der Gesellschaft. Zu Beginn der 80er Jahre verschob sich die programmatische Perspektive von der Dezentralisierung zur Zentralisierung, von der gesellschaftlichen Partizipation zur Stärkung der Exekutive.

Da die italienischen Sozialisten zunehmend in strukturellen Deformationen des institutionellen Systems die Wurzeln der chronischen Instabilität der Regierungen (45 Regierungen seit 1945) und die Schwerregierbarkeit Italiens ausmachten, ist es nicht verwunderlich, daß viele der Reformvorhaben dem „Modell Deutschland“ entnommen zu sein scheinen. Das fast lupenreine proportionale Wahlrecht soll durch eine 5 %-Klausel nach bundesrepublikanischem Muster modifiziert werden. Davon erhoffen sich die Sozialisten eine Verringerung der im Parlament vertretenen Parteien, Erleichterung der Koalitionsbildung, Stabilisierung der Regierungen, d. h. eine allgemeine Rationalisierung des politischen Marktes. Die kleinen laizistischen Parteien, insbesondere die Liberalen, Sozialdemokraten und Republikaner, so das eher parteiliche Kalkül der PSI, könnten sich zu einer Assoziierung an die Sozialisten gezwungen sehen, wollten sie nicht Gefahr laufen, an der 5 %-Hürde zu scheitern.

Beide Erwartungen dürften sich jedoch als Trugschluß erweisen. Es gibt keinerlei Anzeichen, daß die selbstbewußten Republikaner, die mit ihrer aggressiv neoliberalen Wirtschaftsprogrammatische 1983 einen sichtbaren Wählerzuwachs zu verzeichnen hatten,

sich einem laizistischen Block unter sozialistischer Führung anschließen würden. Im übrigen wäre der „Parteienmarkt“ nur scheinbar rationalisiert. Die Konkurrenz würde sich nur in die Parteien hineinverlagern und in der Form konkurrierender innerparteilicher Faktionen ausgetragen werden. Weder das destabilisierende Konfliktpotential noch die Heterogenität der Regierungskoalitionen wären damit aufgehoben oder auch nur reduziert. Die Geschichte der italienischen Republik zeigt überdies, daß fast drei Viertel der 44 Nachkriegsregierungen durch den Intrigenkampf innerparteilicher (meist christdemokratischer) *correnti* gestürzt sind.

Durchdachter erscheinen die Reformpläne für das Parlament. Kammer und Senat haben in Italien nicht nur nahezu identische Mehrheitsverhältnisse, sondern auch deckungsgleiche Kompetenzen. Der Gesetzgebungsprozeß wird so verzögert, ohne daß der Gedanke der „checks and balances“ von den beiden Häusern aufgrund ihrer fast spiegelbildlichen Zusammensetzung verwirklicht werden könnte. Der Senat soll in Zukunft nach österreichischem und niederländischem Muster durch die Regionalparlamente gewählt, die Kompetenzen der beiden Häuser differenziert, der Kammer die eigentliche legislative Kompetenz übertragen werden. Ein begleitendes Maßnahmenbündel parlamentarischer Reformen soll die Effizienz des Gesetzgebungsverfahrens sichern und die Regierung stabilisieren. Die wichtigsten: Reduzierung der Anzahl von gegenwärtig 945 Parlamentariern (Kammer: 630, Senat: 315), Begrenzung der bisher unlimitierten Redezeit auf 30–45 Minuten, Beschränkung der Gesamtdebatte über eine Gesetzesvorlage auf ein vorher festzulegendes Maß, weitgehende Abschaffung des geheimen Stimmrechts zur Abwehr parlamentarischer Heckenschützen, Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums, Initiierung einer umfangreichen *delegation*, rationellere Trennung von legislativen und regulativen Fragen, die Delegation von regulativen Fragen an die Regierung sowie die Ausstattung des Regierungschefs mit unangreifbarer Richtlinienkompetenz (vgl. Atti della conferenza programmatica del PSI, Rimini 1982: 56 f.).

Die institutionellen Reformvorhaben signalisieren einen fundamentalen Wandel in der Programmatik der PSI. Optierten die Sozialisten im Sozialistischen Projekt noch für die Diffusion politischer Entscheidungsmacht, Ausdehnung gesellschaftlicher Partizipation und die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung, setzen sie nun auf eine stabilere, effizientere und gestärkte Zentralregierung. Mit der Verengung des umfassenden Reformkonzeptes von 1978 auf die institutionelle Frage laufen die italienischen Sozialisten Gefahr, der postindustriellen Fragmentierung des auslaufenden 20. Jahrhunderts mit einer etatistischen Konzeption des 19. Jahrhunderts zu begegnen (vgl. *Cassese* 1982: 77).

Im Schatten der programmatisch dominanten und propagandistisch überhöhten institutionellen Reformvorhaben gewann die Kritik an den normativen Grundlagen und realen Erscheinungsformen des Wohlfahrtsstaates in der PSI zunehmend Raum. Weit entfernt von der universalistischen Wohlfahrtsvorstellung der Sozialdemokratien Schwedens und Norwegens votieren Italiens Sozialisten für eine selektive Rücknahme sozialstaatlicher Garantien. Dahinter steht nicht nur die berechtigte Kritik an der klientelistisch pervertierten Version des christdemokratischen *stato assistenziale*, sondern vor allem auch die neoliberal eingefärbte Kritik am Universalismus als Strukturprinzip des Wohlfahrtsstaates. Aus der Ablehnung der „Eindimensionalität der Vertei-

lungskriterien“ fordern *Craxis* Sozialisten eine „Reformierung der Sozialpolitik unter den Aspekten einer größeren Selektivität, Flexibilität, Effizienz und eines entwickelten Pluralismus“ (These 76 der *Tesi* per il 43° congresso del PSI).

Es erinnert eher an das karitative Prinzip der Sozialhilfe als an *Beveridges* Gedanken sozialer Bürgerrechte, wenn die PSI fordert, die Bereiche der tatsächlichen Armut und Marginalität zu bestimmen, um den wirklich Bedürftigen das Existenzminimum zu garantieren. Sozialstaatliche Leistungen sollen an dem Kriterium des Einkommens gemessen werden, bestimmte Angebote im Gesundheits- und Bildungsbereich von privater Seite finanziert werden (vgl. *Forte* 1982: 8 f.).

Die wirtschaftspolitische Programmatik der PSI folgt nur bedingt dem liberalen Muster der Sozialstaatskritik. Sie entzieht sich einer eindeutigen kategorialen Zuordnung und präsentiert sich als eine Mischung neoklassischer Steuerungs-elemente, Elementen der staatlichen und privaten angebotsorientierten Ökonomie und einer Einkommenspolitik unter neokorporativen Vorzeichen. Dabei wenden sich die Sozialisten gegen eine undifferenzierte Ausweitung der Nachfrage oder großangelegte Beschäftigungsprogramme. Staatliche Unternehmen und Großaggregate der öffentlichen Ausgaben sollen jedoch helfen, die Investitions- und Industriepolitik in zukunftsorientierte Bahnen zu lenken (vgl. *Atti della conferenza programmatica del PSI* 1982: 156 f.).

Eine aktive staatliche Angebotspolitik im Bereich bestimmter Produktionsfaktoren wie Energie, Technologie, Transport, Kommunikation und Kreditvergabe sowie direkte strukturpolitische Eingriffe im unterentwickelten Mezzogiorno und den alten Industriezentren Norditaliens sollen den industriellen Rekonversionsprozeß steuern und den geänderten Bedingungen des Weltmarktes anpassen. Begleitet werden soll diese Politik von einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die zum einen durch intensive Schulungs- und Umschulungsmaßnahmen, zum anderen durch eine partielle arbeitsrechtliche Deregulierung erreicht werden soll (vgl. *Giugni* 1984: 8).

Die italienischen Sozialisten treten für einen zügigen Abbau der dramatischen Staatsverschuldung (1985: 99,2 % des BIP) ein. Dabei setzen sie jedoch weder auf Steuererhöhungen noch einen neoliberal inspirierten Kahlschlag sozialstaatlicher Leistungen, wie ihn die Republikaner fordern. Der PSI lehnt austeritäre Maßnahmen zur globalen Eindämmung der Nachfrage ab und will die Inflation vornehmlich von der Kostenseite her bekämpfen (vgl. *Forte* 1984: 13). Dabei setzen die Sozialisten v. a. auf eine konzentrierte Einkommenspolitik, die in trilateralen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Staat bestimmt werden soll. Für die lohnpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften bietet eine sozialistisch geführte Regierung an, die Mieten einzufrieren und die Erhöhung der öffentlichen Tarife unterhalb der vorausberechneten Inflationsmarge zu halten und an die Zielvorgaben der Einkommenspolitik zu koppeln.

Abgeschreckt durch die Realität des ständig subventionierten, aber dennoch chronisch defizitären Staatssektors, wollen Italiens Sozialisten die wirtschaftlichen Probleme des Landes keineswegs durch eine Ausdehnung des öffentlichen Sektors und die Erhöhung der Staatsquote bekämpfen. Dies würde nach ihrem Verständnis die für die technologische Rekonversion der Produktionsstrukturen notwendige Kapitalakkumulation verhindern. In diesem Kontext verwundert es nicht, daß der ehemalige sozialistische

Wirtschaftsminister *Francesco Forte* für eine partielle Reprivatisierung des ausgedehnten öffentlichen Sektors eintritt. Eine Forderung, der der sozialistische Minister für staatliche Beteiligungen, *De Michelis*, schon nachkam, als er den Verkauf von Staatsanteilen des Montedison-Konzerns an eine private Firmengruppe initiierte. Beredten Ausdruck dieser Tendenz zu mehr Markt und Konkurrenz in der Wirtschaftsprogrammatisierung des PSI gab unlängst ein Bonmot von *Francesco Forte*. Auf die Frage, ob seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen jenen *Mitterands* oder denen *Delors* und *Rocard*s näher stünden, antwortete *Forte*: sie gleichen jenen *Helmut Schmidts* (vgl. *La Palombara* 1982: 933 f.).

5. Die Wirtschaftspolitik der Regierung *Craxi*

Politik oder gar Politikergebnisse der Regierung *Craxi* an den normativen Leitlinien der PSI-Programmatisierung messen zu wollen, wäre verfehlt. *Klaus von Beyme* hat darauf hingewiesen, daß Parteien „hinreichend lange Perioden der Regierungsverantwortung“ (*von Beyme* 1982: 397) aufweisen müssen, um mit den materiellen Politiken eines Systems sinnvoll in Verbindung gebracht werden zu können. Darüber hinaus muß die außerparlamentarische Machtverteilung in der Analyse des Leistungsprofils einer Regierung berücksichtigt werden. An erster Stelle sind hier die spezifische Art der Weltmarktintegration, der Grad der korporatistischen Regulierung des Klassenkonflikts und die Strukturen des politischen Systems zu nennen (vgl. *Schmidt* 1982a: 224; 1982b: 140–147). Eine Analyse dieser Art kann hier nicht geleistet werden; sie steht im übrigen für Italien noch aus.

Aber nicht nur die Auswirkungen der *policies* sind schwer zu beurteilen, sondern auch die Zurechnung bestimmter Politiken zu einzelnen Parteien ist in Koalitionsregierungen wie dem gegenwärtig amtierenden Kabinett *Craxi* kaum vorzunehmen. Die Sozialisten, auch wenn sie den Regierungschef stellen, sind nur der Juniorpartner in einer Fünf-Parteienkoalition, in der die Christdemokraten nach wie vor dominieren. Ihr Einfluß auf die Politikformulierung ist deutlich zu unterscheiden von jenem sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien, die nach 1945 als alleinige Partei die Regierungsgeschäfte führten (Norwegen, Schweden, Dänemark, Großbritannien, Österreich, Frankreich, Spanien, Griechenland), dominante Koalitionspartner (BRD, Finnland, Niederlande, Österreich, Portugal etc.) oder gleichberechtigte Partner in einer großen Koalition waren (Belgien, BRD, Österreich etc.).

Auf dem Hintergrund dieser Systematisierung (vgl. *Pelinka* 1984: 524; *Cameron* 1984: 159) liest sich der Begriff „Regierung *Craxi*“ als semantische Verschleierung der realen Machtverhältnisse innerhalb des gegenwärtig regierenden *pentapartito*. Um so erstaunlicher ist es, daß *Craxi* zumindest einen formalen Aspekt seines *Regierbarkeits*-Versprechens eingelöst hat: das von ihm geführte Kabinett amtiert länger als jede der 45 Nachkriegsregierungen und übertrifft damit die legendär „stabilen“ Regierungen *De Gasperi VII* (704 Tage) und *Moro III* (833 Tage). Erstaunlich ist dies auch deshalb, weil *Craxi* mit erheblichen innerkoalitionären Friktionen zu kämpfen hat. Insbesondere die Christdemokraten „gradually developed a silent hostility towards the Socialists

and the Prime Minister“ (Guizzi 1985: 171); sie warten nur auf eine günstige Gelegenheit, *Craxi* an der Regierungsspitze durch einen Christdemokraten zu ersetzen. Als entschiedener Kritiker der Regierungsführung zeigt sich die Republikanische Partei. Ihre Kritik bezieht sich auf die nicht ausreichend restriktive Haushalts- und Wirtschaftspolitik sowie auf die mangelnde atlantische Ausrichtung der Außenpolitik im Mittelmeerraum. Allein die Sozialdemokraten (PSDI) und Liberalen (PLI) verhielten sich loyal gegenüber dem Regierungschef. Sie spielen jedoch nur eine untergeordnete Rolle in der Regierungskoalition.

Die Heterogenität der Regierungskoalition, ihre internen Friktionen und zentrifugalen Tendenzen wurden teilweise durch die intransigente Oppositionshaltung der Kommunisten kompensiert. Unter diesem Außendruck fanden nicht nur die Koalitionsparteien immer wieder Kompromisse, sondern auch die Sozialistische Partei verzichtete auf Kritik und stellte sich vorbehaltlos hinter den Regierungschef *Craxi*.

Gescheitert ist die Regierung *Craxi* bisher an der programmatisch gestellten Aufgabe, das Haushaltsdefizit zu verringern. Die Schulden der öffentlichen Hand stiegen von 78 % (1983) auf 99,2 % (1985) des BIP. Die Nettoneuverschuldung lag auch 1985 über der angestrebten Höhe von 15,7 % des BIP. Den Sozialisten gelang es nicht, mit der klientelistischen Subventionspolitik christdemokratischer Provenienz zu brechen, die Schwergewichte des Haushalts v. a. auf produktive Sektoren zu verlagern, ein durchgreifendes Steuersystem zu etablieren, wirtschaftspolitische Austerität mit sozialer Ausgewogenheit zu verbinden. Erfolgreicher war die Regierung in der Inflationsbekämpfung: die Teuerungsrate fiel von 16 % (1983) auf 9,8 % (1985). Die Arbeitslosigkeit von ca. 12 % blieb jedoch unverändert hoch.

Als sozial unausgewogen und in der wirtschaftspolitischen Wirkung umstritten muß die von *Craxi* durchgesetzte Kürzung des automatischen Lohnausgleiches für Arbeitnehmer (*scala mobile*) beurteilt werden. Darüber hinaus folgte sie nicht dem von den Sozialisten angestrebten *Procedere* neokorporatistischer Konfliktregulierung. Als es im Februar 1984 in den trilateralen Verhandlungen von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften infolge der ablehnenden Haltung der kommunistisch dominierten Gewerkschaft CGIL zu keiner Einigung in der Frage der *scala mobile* kam, setzte *Craxi* die Vorstellungen der Regierung per Dekret durch. Da auch konservative Wirtschaftswissenschaftler die Meinung vertreten, die Kürzung des automatischen Lohnausgleiches könne die Inflationsrate allenfalls um 0,5–1 % senken, ist zu fragen, ob das Regierungsdekret nur Ergebnis taktischer Ungeschicklichkeit oder Bestandteil des strategischen Konzeptes war, die kommunistische Dominanz in den Gewerkschaften zu brechen und durch eine christdemokratisch-sozialistische Allianz abzulösen. Die damit verbundene endgültige Spaltung der Gewerkschaftskonföderation dürfte sich am Ende jedoch kontraproduktiv für das programmatische Ziel des PSI auswirken, die Arbeitsbeziehungen nach dem sozialdemokratischen Modell neokorporatistischer Aushandlungsmuster zu organisieren.

Es läßt sich der Eindruck nicht abweisen, daß die Wirtschaftsprogrammatische der PSI und die Wirtschaftspolitik der Regierung *Craxi* eher den windungsreichen Pfaden des *muddling through* als einer klaren Konzeption folgen. Ein Dilemma, das Italiens Sozialisten gegenwärtig mit den meisten sozialistisch/sozialdemokratischen Parteien West-

europas teilen. Auf die Verdünnung der ökonomischen Ressourcenausstattung, den sich verfestigenden Sockel hoher Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen strukturellen Probleme des Wohlfahrtsstaates haben auch die italienischen Sozialisten keine überzeugende Antwort gefunden. Diese Konzeptionslosigkeit spiegelt sich in einer Politik wider, die zwischen neokorporatistischer Programmatik, neoliberalen Tendenzen, politischem Etatismus und einer opportunistischen Machterwerbsstrategie oszilliert. Dies ist sicher keine weittragende Antwort, die Italiens Sozialisten auf die Probleme der internationalen und nationalen wirtschaftlichen Entwicklung geben. Um sich dem gegenwärtigen Dilemma der Sozialdemokratie, zwischen neoliberaler Spar- und expansiver Wirtschaftspolitik entscheiden zu müssen, zu entziehen, begnügt sich die PSI unter dem Einfluß der spezifischen Wettbewerbsbedingungen des italienischen Parteiensystems mit kurzfristigen Optionen: auf dem Gebiet der materialen Politik ebenso, wie in ihren Koalitionsaussagen. Es muß bezweifelt werden, daß dies dem politischen System Italiens, oder auch nur der Partei selbst, längerfristig nützt. Denn, daß sich zwischen zwei Stühlen auf die Dauer nicht bequem sitzen läßt, davon wissen auch die Sozialisten Italiens.

Anmerkungen

- 1 „Mit 10 Prozent kann man große Dinge tun“, hier zitiert nach *Mieli*, in: *Espresso* vom 6. 1. 1985, S. 20.
- 2 Die links von der Kommunistischen Partei stehende *Democrazia Proletaria*, eine Partei in der Tradition der 1968er Bewegung, wird hier nicht berücksichtigt, da sie mit 1,5 % (1983) der Wählerstimmen weder über ein Koalitions- noch Veto-Potential verfügt und damit nicht nur im Sinne *Sartoris* als irrelevant bezeichnet werden muß.
- 3 Die kurze Reformphase der ersten *centro-sinistra*-Koalition endete im Herbst 1964. Allein die Nationalisierung der Elektrizitätsindustrie konnten die Sozialisten durchsetzen. Die Programmierung der Wirtschaft, das Kernstück sozialistischer Reformpläne, wurde nie in dem von den Sozialisten projektierten Umfang implementiert.
- 4 Die Assessorate in den Regionalregierungen entsprechen funktional den Länderministerien in der Bundesrepublik Deutschland, sind jedoch, wie die Regionalregierungen insgesamt, mit geringeren Kompetenzen ausgestattet.

Literaturverzeichnis

- Amato, Giuliano/Cafagna, Luciano*, 1982: *Duello a sinistra*, Bologna. Atti della conferenza programmatica del PSI, Rimini 1982.
- Benzoni, Alberto*, 1983: *La rivoluzione culturale del partito socialista*, in: *Il Mulino* 32, 435–463.
- Bettin, Gianfranco*, 1984: *Il PSI e il trend plebiscitario (1976–1981)*, Florenz.
- Beyme, Klaus von*, 1982: *Parteien in westlichen Demokratien*, München.
- Bobbio, Norberto*, 1976: *Questione socialista e questione comunista*, in: *Mondoperaio* 29, September, 41–50.
- Browne, Eric C./Franklin, Mark N.*, 1973: *Aspects of Coalition Payoffs in European Parliamentary Democracies*, in: *American Political Science Review* 67, 453–469.
- Browne, Eric C./Rice, Peter*, 1979: *A Bargaining Theory of Coalition Formation*, in: *British Journal of Political Science* 9, 67–68.
- Cameron, David R.*, 1984: *Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society*, in: *J. H. Goldthorpe, Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford, 143–178.

- Cassese, Sabino*, 1982: La costituzione secondo Craxi, in: Quaderni del circolo Roselli 2, Heft 7-8, 77-78.
- Cazzola, Franco*, 1982: Partiti e coalizioni nei governi locali in: *Democrazia e Diritto* 22, 61-72.
- Cecchi, Maurizio*, 1984: Segmentazione dell' elettorato italia - no dal 1979 al 1983, in: Quaderni dell' Ufficio elettorale e statistiche del PSI, 15-26.
- Codignola, Tristano*, 1981: Una protesta una proposta, in: *Il Ponte* 35, 1118-1126.
- De Vito, Francesco*, 1981: Craxi optimus maximus, in: *Espresso*, 2. 5. 1981, 15-18.
- Dodd, Laurence, C.*, 1976: *Coalitions in Parliamentary Government*, Princeton UP.
- Duverger, Maurice*, 1951: *Les partis politiques*, Paris.
- Farneti, Paolo*, 1983: Il sistema dei partiti in Italia 1946-1979, Bologna.
- Forte, Francesco*, 1982: Dal Welfare State non si torna indietro, in: *Mondoperaio* 35, März, 8-12.
- Forte, Francesco*, 1984: L'Italia, l'Europa e la sfida mondiale. Riflessioni per ma proposta socialista. Rede auf dem 43. Kongreß der PSI, Ms., Verona.
- Gamson, William, A.*, 1961: A Theory of Coalition Formation, in: *American Political Science Review* 26, 373-382.
- Giugni, Gino*, 1984: Le regole del gioco, in: *La Repubblica*, 10. 10. 84, S. 8.
- Guizzi, Vincenzo*, 1985: Craxi's Italy, in: *Government & Opposition* 20, 166-177.
- Hine, David*, 1980: The Italian Socialist Party under Craxi: Surviving but not Reviving, in: *Peter Lange und Sidney Tarrow* (Hrsg.), *Italy in Transition*, London, 133-148.
- Kreile, Michael*, 1985: *Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in Italien (1968-1982)*, Frankfurt.
- LaPalombara, Joseph*, 1982: Socialist Alternatives: The Italian Variant, in: *Foreign Affairs* 65, 924-942.
- Mair, Peter*, 1983: Adaptation and Control: Towards an Understanding of Party and Party System Change, in: *Hans Daalder und Peter Mair*, *Western European Party Systems*, London/Beverly Hills, 405-430.
- Martinotti, Guido*, 1984: La base elettorale del neosocialismo italiano, in: *Socialismo Oggi*, No. 7 u. 8.
- Merkel, Wolfgang*, 1983a: Das italienische Parteiensystem im Wandel. Erklärungsversuche der Vergangenheit, Entwicklung der Gegenwart, Tendenzen der Zukunft, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12, 331-346.
- Merkel, Wolfgang*, 1983b: Das Parteiensystem Italiens, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33, Heft 27, 3-14.
- Merkel, Wolfgang*, 1984: Polarisierung oder Depolarisierung, Zentrifugalität oder Zentripetalität? Anmerkung zur modelltheoretischen Diskussion des italienischen Parteiensystems, in: *Jürgen W. Falter, Christian Fenner und Michael Th. Greven* (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen, 226-236.
- Merkel, Wolfgang*, 1985: *Die sozialistische Partei Italiens. Zwischen Oppositionssozialismus und Staatspartei*, Bochum.
- Nohlen, Dieter*, 1978: *Wahlssysteme der Welt*, München.
- Offe, Claus*, 1983: Competitive Party Democracy and the Keynesian Welfare State: Factors of Stability and Disorganisation, in: *Policy Sciences* 15, 225-246.
- Parisi, Arturo/Pasquino, Gianfranco*, 1980: Changes in Italian Electoral Behavior: The Relationships Between Parties and Voters, in: *Peter Lange und Sidney Tarrow*, *Italy in Transition*, London 1980, 13-23.
- Pasquino, Gianfranco*, 1977: The Italian Socialist Party: An Irreversible Decline?, in: *H. R. Penniman* (Hrsg.), *Holy at the Polls*, 1976, Washington D. C., 183-227.
- Pasquino, Gianfranco*, 1979: Alla ricerca dell' elettore d'opinione: il caso del PSI, in: *Arturo Parisi* (Hrsg.), *Mobilità senza movimento. Le elezioni del 3 giugno 1979*, Bologna 103-132.
- Pasquino, Gianfranco*, 1980: Crisi dei partiti e governabilità, Bologna.
- Pasquino, Gianfranco*, 1984: Modernity and Reforms: The PSI between Political Entrepreneurs and Political Gamblers, Paper presented to the Annual Convention of the APSA, Washington D. C.
- Pasquino, Gianfranco*, 1983: La strategia del PSI: tra vecchie e nuove forme di rappresentanza politica, in: *Critica Marxista* 21, 29-50.
- Pelinka, Anton*, 1984: Atlantic Crisis and Ideological Responses: The Conservative and the Social Democratic, in: *The Nonaligned World* 2, 519-542.
- Pelinka, Anton*, 1980: *Sozialdemokratie in Europa*, Wien.

- Pridham, Geoffry*, 1981: *The Nature of the Italian Party System*, London.
- Raschke, Joachim*, 1977: *Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien*, Opladen.
- Riker, William, H.*, 1962: *The Theory of Political Coalitions*, New Haven.
- Ruffolo, Giorgio*, 1973: *Rapporto sulla programmazione*, Rom-Bari.
- Sartori, Giovanni*, 1966: *European Political Parties. The Case of Polarized Pluralism*, in: *Joseph La-Palombara* und *Myron Weiner*, *Political Parties and Political Development*, Princeton, 137–166.
- Sartori, Giovanni*, 1974: *Rivisitando il pluralismo polarizzato*, in: *Franco Cavazza/Silvano Graubard* (Hrsg.), *Il caso italiano*, Mailand, 196–233.
- Sartori, Giovanni*, 1976: *Parties and Party System: A Framework for Analysis*, Cambridge.
- Sartori, Giovanni*, 1982: *Il Pluralismo Polarizzato: Critiche e Repliche*, in: *Rivista Italiana di Scienza Politica* 12, 3–44.
- Scaramozzino, Pasquale*, 1983: *Analisi delle elezioni politiche del 1983*, in: *Il Politico* 48, 505–542.
- Schmidt, Manfred*, 1982a: *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen*, Frankfurt.
- Schmidt, Manfred*, 1982b: *The Role of the Parties in Shaping Macroeconomic Policy*, in: *Francis G. Castles*, *The Impact of Parties*, London/Beverly Hills, 97–176.
- Secchi, Salvatore*, 1982: *Una svolta per tutta la sinistra*, in: *Mondoperaio* 35, April 10–15.
- Tamburrano, Guiseppe*, 1976²: *Storia e cronaca del centro sinistra*, Mailand. Tesi per il 43. congresso del PSI, Rom 1984.
- Timmermann, Heinz*, 1984: *Die Sozialistische Partei Italiens im Wandel*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung* 14, 69–100.